

RINGER MIT BUNDESKADERSTATUS

Kaderturnier in Heidelberg



Albert Lawrenz.



Matti Stolt.



Anton Schneider.



Ole Sterning. Fotos (4): privat

Gewichtsklasse 51kg höher startete. Den ersten Kampf verlor Anton, den zweiten konnte er siegreich gestalten. Im dritten Kampf wurde er mit seinen eigenen Techniken ausgekontert und verlor diesen. Ole Sterning startete in der für ihm noch ungewohnten Gewichtsklasse 92kg.

Den ersten Kampf musste Ole nach technischer Unterlegenheit abgeben. Durch diese Niederlage wurde Ole sein Kampfgeist so richtig angestachelt, er gewann daraufhin drei weitere Kämpfe und wurde so als Jungster der Altersklasse und mit 84kg Zweiter. Albert und Anton machen sich jetzt berechnete Hoffnungen auf einen diesjährigen Start bei den Europameisterschaften der U17, die in Bukarest stattfinden werden. Matti Stolt und Henning Löbl konnte bei diesem Turnier coronabedingt nicht an den Start gehen. Wobei vor allem Matti auch noch auf dem Zettel zur EM vom Bundestrainer steht. Matti, Albert, Anton und Ole haben in diesem Jahr alle den Bundeskaderstatus NK2 vom Spitzenverband DRB bekommen. **EW**

B 96: Straßenbauamt pflanzt Alleeblume

Das Straßenbauamt Stralsund gestaltet die radwegbegleitende Hecke an der Bundesstraße 96 von Lietzow nach Sagard auf der Insel Rügen um. Die Maßnahme dient der Erhöhung der Verkehrssicherheit. Im Bereich der Hecke werden sowohl Rodungsarbeiten als auch Schnittmaßnahmen durchgeführt. Bruchgefährdete Weiden und Pappeln müssen entfernt werden. Die Arbeiten erfolgen bis voraussichtlich Montag, 28. Februar 2022. Im Anschluss werden in dem Bereich radwegbegleitend Alleeblume gepflanzt. Ebenso östlich der Landesstraße L 30 im Bereich von Sagard bis Abzweig Neddesitz. Insgesamt ist die Pflanzung von 260 Alleeblumen vorgesehen, darunter Baumarten wie Spitzahorn, Sommerlinde, Feldahorn, Hainbuche, Robinie und Schwedische Mehlbeere. Die Pflanzarbeiten begannen am Donnerstag und sollen bis Sonntagabend, 30. April 2022, abgeschlossen sein. Um die Arbeiten durchführen zu können, sind kurzzeitige Verkehrsbeeinträchtigungen erforderlich. Die Kosten belaufen sich auf etwa 250.000 Euro und werden vom Bund getragen.

Ringen. Die Stralsunder Ringer starteten am vergangenen Samstag in Heidelberg (Baden-Württemberg) beim Kaderturnier der U17 Junioren. Albert Larenz 45kg zeigte hier seine ganze Klasse, hatte drei Kämpfe zu bestreiten, die er allesamt nach technischer Überlegenheit gewann und so Turniersieger wurde. Anton Schneider startete in 48 kg, hier war er leider ohne Gegner so das Trainer Tom Linke vor Ort entschied, dass Anton eine

HARTZ IV REGELSÄTZE 2022 VERFASSUNGSWIDRIG

Der Rat vom Rechtsanwalt

Für das Jahr 2022 sind die Hartz IV Regelsätze um lediglich 0,76 % angestiegen. Gleiches gilt für die Regelsätze nach dem SGB XII. Der Regelbetrag für einen alleinstehenden Leistungsempfänger wurde von 446 € auf 449 € angehoben. Durch viele Sozialverbände, insbesondere dem paritätischen Wohlfahrtsverband, wird diese minimale Anpassung als Kürzung gewertet, da diese noch unterhalb der Inflationsrate liegt.

Der paritätische Wohlfahrtsverband hatte dies auch im letzten Jahr durch ein entsprechendes Gutachten juristisch prüfen lassen. Hierbei bezog sich die Rechtswissenschaftlerin Anne Lenze auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2014. Das Bundesverfassungsgericht hatte am 23. Juli 2014 entschieden, dass, sobald der Gesetzgeber Kenntnis von Unterdeckungen des existenziellen Bedarfes habe, hierauf reagieren müsse, um sicherzustellen, dass der aktuelle Bedarf gedeckt sei, Geschäftszeichen 1

BvL 10/12, 1 BvL 10/12, 1 BvL 12/12. Die Richter und Richterinnen des Bundesverfassungsgerichtes führten bereits in den damaligen Entscheidungen aus, dass die Regelsätze sich an der Grenze dessen, was zur Sicherung des Existenzminimums verfassungsrechtlich gefordert ist, bewegten. In dem angesprochenen Gutachten wird ausgeführt, dass die Anpassung der Regelsätze zum Jahr 2022 nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 2014 entsprechen. Zwar nimmt der Gesetzgeber Bezug auf die kurzzeitige Senkung der Mehrwertsteuer. Hierbei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass zum einen durch die Corona-Pandemie erhebliche zusätzliche Kosten entstanden sind, zum anderen die Inflationsrate erheblich gestiegen ist und es somit zu einer erheblichen Preisexplosion gekommen ist.

So haben coronabedingt die Tafeln teilweise nicht mehr geöffnet. Kostenloses bzw. günstiges Schulmittagessen ist entfallen. Computer mussten

für Online-Unterricht angeschafft werden. Auch der sogenannte Corona-Bonus hat hieran wenig geändert. Zudem handelte es sich hierbei um eine Einmalleistung. Bereits im Juli 2021 betrug die Inflationsrate 3,8 %. Nunmehr liegt die Inflationsrate bereits bei über 4 %. Voraussichtlich dürfte sich diese 2022 bei 5 % einpegeln. Die jetzige Erhöhung um nicht einmal einen Prozent führt daher zu einer tatsächlichen Kaufkraftminderung der Leistungsempfänger. Bereits in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010, 1 BvL 1/0 9, 1 BvL 3/09 und 1 BvL 4/09 wurde ausgeführt, dass der Gesetzgeber Vorkehrungen zu treffen hat, die auf Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie Preissteigerungen oder -erhöhungen von Verbrauchsteuern zurückgehen.

So sind auch Energiekosten wie z.B. Heizkosten, Stromkosten aber auch Benzin preislich erheblich gestiegen, was sich im Hinblick auf erhöhte Transportkosten auch in anderen Be-

reichen entsprechend auswirkt. Die erfolgte Anpassung der Regelleistungen für 2022 beinhaltet daher tatsächlich eine Kürzung. Gegen entsprechende Bescheide kann daher Widerspruch eingelegt werden, und für den Fall, dass diese bereits bestandskräftig sein sollten, da die Widerspruchsfrist abgelaufen ist, wäre es möglich, einen Überprüfungsantrag zu stellen. Wie sich letztlich die Sozialgerichte und gegebenenfalls in der Folge das Bundesverfassungsgericht hierzu positionieren werden, bleibt abzuwarten. Nur diejenigen würden dann allerdings für den Fall der

Feststellung der Rechtswidrigkeit berücksichtigt, welche auch gegen ihre Bescheide vorgegangen wären. Für Widerspruch- und Überprüfungsverfahren könnte Beratungshilfe und für sich Klageverfahren vor den Sozialgerichten könnte Prozesskostenhilfe beantragt werden. Angesichts der Komplexität der Sach- und Rechtslage ist es daher stets empfehlenswert fachanwaltlichen Rat einzuholen.

Marc Quintana Schmidt
Fachanwalt für Familienrecht
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Fachanwalt für Sozialrecht

Rechtsanwalt
Marc Quintana Schmidt

Tätigkeitsschwerpunkte:

- Strafrecht
- Erbrecht
- Verkehrsrecht

Interessenschwerpunkte

- Mietrecht
- Verwaltungsrecht

Fachanwalt für Familienrecht
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Fachanwalt für Sozialrecht

Kanzlei:
Kiebenhieberstraße 2a
18439 Stralsund

Telefon: 03831-66 68 51, -66 68 52 – Fax: 03831-66 68 53
Funk: 0170-9 04 31 00 – email: marc.quintana@web.de

Sprachkenntnisse spanisch, türkisch

